

Nein zur FP-Hetze! Nein zu rassistischen SPÖ-ÖVP Gesetzen!

Ich will mehr über die KPÖ wissen

- Das aktuelle Programm der KPÖ
- Das Frauenprogramm der KPÖ
- 1 Probe-Nummer der „Volksstimme“
- Folder: KPÖ - Die linke Alternative
- Folder: Ideen für ein sozialeres Wien
- Folder: Wien ist anders! Ist Wien anders?
- E-Mail Newsletter der KPÖ-Wien
- Informieren Sie mich über

.....

Name:

Adresse:

Telefon:

Em@il:

Kupon ausschneiden und einsenden an:
KPÖ, Drechslergasse 42, 1140 Wien
Infos im Internet: www.kpoe.at

Dank FPÖ und ÖVP wird der kommende Wahlkampf – wieder einmal - im Zeichen von Fremdenhass und Rassismus stehen.

Doch das „Duell um Wien“, auf welches Häupl und Strache zur Mobilisierung ihrer Anhänger orientieren, ist ein Märchen. Einen Bürgermeister Strache wird es nicht geben.

Einerseits wird die FP ganz sicherlich nicht stimmenstärkste Partei in Wien. Zweitens werden selbst FPÖ und ÖVP gemeinsam nicht genügend Mandate für eine Mehrheit erreichen. Und zudem wird niemand eine Koalition mit der Strache-FPÖ riskieren.

KPÖ
Linke Liste
wien.kpoe.at

die linke Alternative

Das „Ausländer-Problem“ der FPÖ

Zwar fordert die FPÖ immer wieder von Ausländern „sich zu integrieren“ - werden aber sinnvolle Integrationsmaßnahmen gesetzt, so werden diese stets abgelehnt. Der Gratiskindergarten für alle Kinder in Wien wurde und wird von der FPÖ bekämpft. Wer aber Kindern Integration und Bildung verweigert, der will angebliche oder tatsächliche Probleme gar nicht lösen.

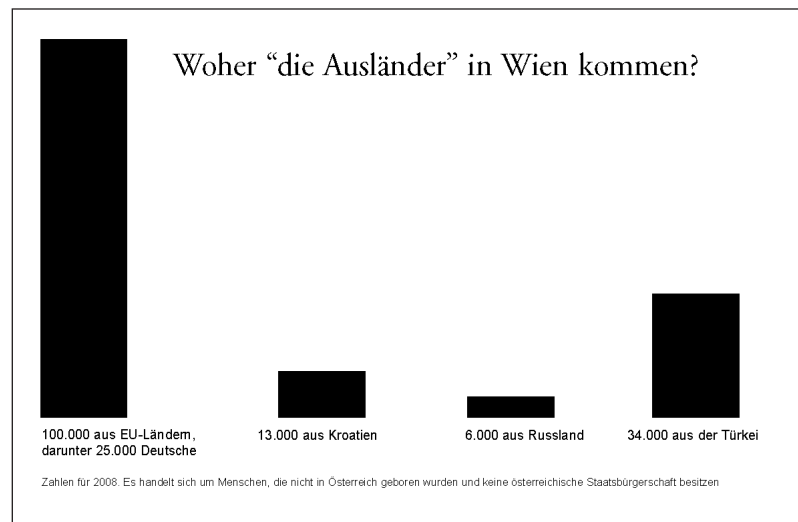
Die F'ler verbreiten die Lüge, dass es einen Zusammenhang zwischen „verdreckten Grünanlagen“ und einer bestimmten Religionszugehörigkeit gebe. Über die Dreckproduktion deutscher Schäferhunde wird nicht gesprochen. Verschwiegen wird, dass an erster Stelle bei der Zuwanderung die EU-Binnenmigration steht - zwei Drittel aller NeuzuwandererInnen sind zudem sehr qualifiziert (FacharbeiterInnen, Maturaniveau oder Hochschulabschluss).

Die FPÖ behauptet, dass in Wien Staatsbürgerschaft und Gemeindewohnungen „Muslimen“ und „Ausländern“ hinterher geworfen würden. Die offiziellen Zahlen der Statistik Austria zeigen die Wahrheit: Die Zahl der Einbürgerungen ist in Wien von 13.394 im Jahr 2001 auf 3.782 (davon ist rund 1/3 in Wien geboren) im Jahr 2008 zurück gegangen. Was den Erhalt einer Gemeindewohnung betrifft, gibt es zudem klare Regeln. Religionszugehörigkeit - egal zu welcher - bzw. Nicht-Religionszugehörigkeit ist kein Kriterium für den Erhalt einer Gemeindewohnung. Die FPÖ lügt also einmal mehr.

Gibt es „die Ausländer“?

Die Methode der rechten Hetzer ist alt und bekannt: Wähle eine Minderheit aus und präsentiere diese als Ursache allen Übels.

„Die Ausländer“ gibt es natürlich nicht. Genausowenig wie es „die Österreicher“, „die Wiener“ oder „die Steirer“ gibt. Es gibt auch bei Ausländern - d.h. bei Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft - Männer und Frauen, es gibt Junge und Alte. Es gibt arme und reiche „Ausländer“, es gibt religiöse und nicht-religiöse Menschen uswuf. Was aber macht die FPÖ? Sie wirft alle „Ausländer“ in „einen Topf“, obwohl rassistische Gesetze „Ausländer“ ohnedies bereits mit gänzlich unterschiedlichen Rechten versehen haben, weil so Vorurteile besser bedient werden können.



„Zuwanderung schafft Armut“ behauptet die FPÖ. Fakt ist, dass auch sogenannte „Ausländer“ Steuern und Abgaben zahlen. Mitbürger und Mitbürgerinnen mit migrantischem Hintergrund haben - wie verschiedene Studien zeigen - über Jahrzehnte mehr in die Sozialtöpfe eingezahlt als sie zurück bekommen haben. Strache fordert auch, dass „langzeitarbeitslose Ausländer“ nicht weiter vom Steuerzahler finanziert werden sollen. Beim Arbeitslosengeld handelt es sich aber nicht um einen Gnadenakt des Staates, sondern um eine Versicherungsleistung. Also um ein Recht all jener, die bei Erwerbsarbeit automatisch in den Topf einzahlen müssen (selbiges gilt bei der Pension).

„Wird ein Ausländer kriminell, muss er ab in die Heimat“, so ein „Sager“ von Strache. Im Sinne der Sippenhaft fordert die FPÖ auch die Abschiebung ganzer Familien, wenn auch nur ein einziges „schwarzes Schaf“ in der Familie straffällig geworden ist. Strache sollte zur Kenntnis nehmen, dass es Gesetze gibt, die klar und eindeutig regeln, was zu passieren hat, wenn jemandem eine Gesetzesübertretung vorgeworfen wird bzw. wenn ein Gericht einen Schuldspruch fällt.

Hetze mit Methode und historische Parallelen

Die FP behauptet, „die Ausländer“ mißbrauchen den Sozialstaat und nehmen „unseren Leuten“ Arbeitsplätze weg. In Inseraten forderte Strache früher gar die „Rückführung von Dauergastarbeitlosen“. Dies erinnert an das 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920, in welchem es hieß: „Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Bürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.“

Doch nicht nur gegen die rechte Hetze muss aufgetreten werden. ÖVP, BZÖ und SPÖ haben 2005 gemeinsam das Fremdenrechtspaket beschlossen, mit welchem die ohnehin schon sehr restriktive und von Menschenrechtsorganisationen laufend kritisierte österreichische Asyl- und Fremdenrechtspolitik weiter verschärft wurde. Seit die SPÖ (seit 2006) wieder in der Regierung ist, hat sich leider auch nichts zum Positiven geändert.

Wir Kommunisten und Kommunistinnen sagen: Es ist absurd, dass Menschen, die seit Jahrzehnten in Österreich leben bzw. die in Österreich geboren wurden, per Gesetz zu „Bürgern zweiter Klasse“ degradiert werden.

Es ist an der Zeit, dass Gleichberechtigung zur gelebten Praxis wird. Daher sagen wir: alle in Österreich lebenden Menschen müssen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, über die gleichen sozialen und politischen Rechte verfügen.